



Newsletter vom 8. Februar 2026

Inhalt

Götterdämmerung bei den Schulreformen	1
6. Februar 2026, Hanspeter Amstutz.....	1
Für eine Pädagogik des Scheiterns.....	4
NZZ, 24. Januar 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Margrit Stamm.....	4
Lehrerverband schadet Lehrern.....	7
Weltwoche, 21. Januar 2026, Régis Ecklin.....	7
Mit Kopf, Herz und Hand: Wege aus der Krise in der Volksschule.....	9
Positionspapier der SVP, Januar 2026.....	9
Rechtsumkehr in der Bildungspolitik.....	10
NZZ, 26. Januar 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	10
Eine überraschende Allianz bahnt sich an.....	12
NZZ, 30. Januar 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	12
Veranstaltungshinweis.....	13
Die Bildungs-Grätsche.....	13
GBW-Tagung 17.&18.04.2026, Universität Bonn.....	13

Götterdämmerung bei den Schulreformen

6. Februar 2026, Hanspeter Amstutz

Wenn eine grosse Partei wie die SVP sich ernsthaft der Bildungspolitik annimmt und gängige Vorstellungen über eine fortschrittliche Pädagogik infrage stellt, wird es spannend. Vieles was jahrelang als Sprung nach vorn gefeiert wurde, wird nun sogar beim LCH mit einem grossen Fragezeichen versehen. Es ist wieder salonfähig, über die mit ideologischem Eifer vorangetriebene Totalintegration zu diskutieren. Man distanziert sich vom überzogenen Mehrsprachenkonzept der Primarschule und empfindet die Überfülle des neuen Lehrplans als belastend für den Grundauftrag der Volksschule. Auch die neue Rolle der Lehrpersonen als Begleiterinnen und Begleiter möglichst selbständig ausgeführter Lernprozesse steht unter kritischer Beobachtung.



Die Bildungsoffensive der SVP stösst auf einem Feld vor, wo der Widerstand der Reformkräfte durch jahrelange berechnete Kritik aus der Schulpraxis stark geschwächt war. Das Frühfranzösisch war nie auf einen grünen Zweig gekommen, die Deutschkenntnisse eines grossen Teils unserer Schulabgänger sind ungenügend und der Lehrplan scheint je länger je weniger seine Rolle als verlässlicher Bildungskompass zu erfüllen. Die störende Diskrepanz zwischen den grossartigen Bildungsversprechungen und den schockierenden Resultaten seriöser Erhebungen rief geradezu nach einer politischen Intervention ins fehlgeleitete Bildungsgeschehen.

Bildungssteuerung mit detaillierten Kompetenzzielen überzeugt nicht

Zum Schaden für unsere Volksschule hat es allerdings lange gedauert, bis man merkte, dass der Dampfer auf einem falschen Kurs war. Die anvisierten Bildungsziele waren verlockend, die Aufbruchstimmung an Bord bestens. Man glaubte, mit neuen didaktischen Konzepten die Grenzen des pädagogisch Machbaren mit Leichtigkeit verschieben zu können. Höhepunkt dieser Welle des euphorischen Aufbrechens war die Einführung des neuen Lehrplans. Das Volk hatte mit überwältigendem Mehr Ja gesagt zur sinnvollen Vereinheitlichung der Bildungsziele in der ganzen Deutschschweiz. Doch die Schulreformer wollten weit mehr. Die Schule sollte durch ein von der EDK eingerichtetes Monitoring sanft überwacht und klug gesteuert werden. Dazu brauchte es den Wechsel von den bisher inhaltlich definierten Bildungszielen zu exakt beschriebenen Kompetenzzielen im Lehrplan.

Gegen die systematische Überprüfung von Bildungsleistungen ist nichts einzuwenden. Man benötigt Daten, um über den Leistungsstand eines Schulsystems im Bild zu sein. Doch die Pläne gingen in eine andere Richtung. In führenden Kreisen glaubte man, durch einen bis ins Detail ausgearbeiteten Bildungsplan mit vorgegebenen Kompetenzschritten den Weg zum schulischen Erfolg den Lehrkräften vorzeichnen zu können. Ein gezieltes schweizweites Monitoring sollte dabei aufdecken, wo allenfalls Schwachstellen vorhanden waren und wo entsprechend Korrekturmassnahmen nötig wären. Bildung per Knopfdruck von oben schien den Weg in die Zukunft zu weisen.

Lückenhaftes Monitoring und Ratlosigkeit bei der Behebung der Leseschwächen

Doch das neue Konzept erfüllte die Erwartungen in keiner Weise. Schon beim Monitoring zeigte sich, dass manche Kantone bei heiklen Bildungsbereichen keine Erhebungen durchführten. So fand es der in der Sprachenfrage vorgepreschte Kanton Zürich nicht für nötig, das höchst umstrittene Mehrsprachenkonzept der Primarschule zu evaluieren. Die negativen Resultate der Erhebungen zum Frühfranzösisch in anderen Kantonen genügte der Zürcher Bildungsdirektion, um von einer eigenen Untersuchung abzusehen. Man befürchtete, weit hinter den Versprechungen zum spielerischen Mehrsprachenlernen zurückzuliegen und verwässerte so das Monitoring erheblich.

Als wohl grösste Enttäuschung bei den Versprechungen erwiesen sich die aufgrund festgestellter Mängel angekündigten didaktischen Korrekturmassnahmen. Obwohl die Leseschwächen unserer Schulabgänger längst einen Alarmwert erreicht hatten, ging es im Deutsch weiter bergab. EDK und Pädagogische Hochschulen zeigten sich ratlos, was konkret zu tun wäre, um die Resultate in einem der wichtigsten Schulfächer zu verbessern. Es graute den Verantwortlichen offensichtlich, den tiefe-



ren Ursachen der Misere auf den Grund zu gehen. Entschuldigungen waren rasch zur Hand und mancher Reformers hoffte, die Sache würde wohl bald vergessen.

Individualisierte Lernkonzepte überfordern die Lehrkräfte

Bildungsversprechungen und Schulrealität klaffen aber nicht nur im Sprachenbereich weit auseinander. Das individualisierte Lernen, welches im Lehrplankonzept vorgespurt ist, erweist sich immer mehr als organisatorische Überforderung der Lehrkräfte. Für jedes Kind ein massgeschneidertes Lernprogramm zusammenzustellen ist ein geradezu abenteuerliches Unterfangen, das einen gewaltigen Aufwand generiert. Die Vorstellung, die Schule könne dank einer forcierten individuellen Förderung bei jedem Kind viel mehr als bisher erreichen, hat masslose Erwartungen geweckt. Viele Eltern pochen heute darauf, dass ihr Kind in jeder Situation ein Anrecht auf eine individuelle Behandlung hat. Da bei einer konsequenten Individualisierung die einzelnen Schüler ihre Kompetenzziele zu unterschiedlichen Zeitpunkten erreichen, droht zusätzlich zu allem Übel eine völlige Unübersichtlichkeit in der Notengebung. Es überrascht darum nicht, dass der Ruf nach Abschaffung der Noten immer lauter ertönt.

Die heftigen Vorwürfe, die Schule könne ihren Bildungsauftrag nicht mehr zufriedenstellend erfüllen, richtet sich nicht gegen die Lehrpersonen. Es sind die vielzitierten Experten der vergangenen Reformphase, welche für den Abstieg der Schule in zentralen Bereichen verantwortlich sind. Sie hätten längst erkennen müssen, dass einiges schief läuft. Doch für das Eingestehen von Fehlern fehlte ihnen meist der Mut.

Eine Rückbesinnung auf den Grundauftrag ist kein Rückfall in alte Zeiten

Ein Weiterfahren wie bisher kann sich unsere Volksschule jedoch keinesfalls länger leisten. Das Bildungsprogramm muss entschlackt und die Lehrerbildung stärker auf die Praxis hin ausgerichtet werden. Den Lehrkräften ist mehr Zeit fürs Wesentliche einzuräumen und die Lehrmethoden sind aufgrund ihrer Wirksamkeit hin zu beurteilen. Das sind anspruchsvolle Forderungen. Aber diese führen nicht, wie der LCH und aufgeschreckte Bildungspolitiker behaupten, zu einem Rückfall in alte Zeiten. Eine starke Volksschule wird sich keiner nützlichen Lerntheorie verschliessen und sich auch gegenüber überzeugenden Neuerungen aus dem digitalen Bereich offen zeigen. Aber sie wird wieder klar kommunizieren, dass nachhaltiges Lernen stets mit Anstrengung verbunden ist. Gründliches Lernen wird nur durch viel engagiertes Üben und einem sorgfältigen Bildungsaufbau erreicht. Dabei zählt ein vorschneller Einsatz von KI-generierten Programmen sicher nicht zu den zentralen Kompetenzen, die für eine solide Grundbildung nötig sind. Vielmehr gilt es, den durch unzählige Wunschvorstellungen getrübbten Blick auf die Schulpraxis durch eine realistischere Sicht auf den Bildungsauftrag der Volksschule zu ersetzen.

Eine praxisbezogene Neuorientierung als grosse Chance

Unser Startbeitrag von Margrit Stamm deckt einiges auf, was sich in der Bildungspolitik ändern muss, um wieder auf Erfolgskurs zu kommen. Die Hoffnung der Autorin, die verantwortlichen Bildungsexperten könnten aus ihren Fehlern lernen und auf eine pragmatischere Linie einschwenken, dürfte allerdings kaum in Erfüllung gehen. Zu lange war sich diese Generation gewohnt, populäre Bildungswünsche zu fördern und sich als Taktgeber des Fortschritts zu sehen. Nur wenige von ih-



nen haben überhaupt bemerkt, dass man längst den Boden unter den Füßen verloren hatte und der Schule unzumutbare Aufträge erteilte.

Die Chance einer konstruktiven Erneuerung der Schule ist dennoch vorhanden. Sie liegt in der laufenden Wachablösung in der Bildungspolitik und an den Pädagogischen Hochschulen. Die neue Generation steht allerdings vor der Herkulesaufgabe, gründlich mit den gescheiterten Projekten aufzuräumen und genau zu prüfen, welche Konzepte für eine gesunde Schulentwicklung geeignet sind. Nicht ganz einfach wird es sein, die Deutungshoheit über das Schulgeschehen wieder stärker den Lehrpersonen zuzuweisen und den theoretischen Überbau der Erziehungswissenschaften in einen vernünftigen Rahmen einzuordnen. Dafür braucht es Persönlichkeiten, die weit über populäre Bildungswünsche hinausdenken und den Auftrag der Volksschule realistisch beurteilen können. Die von uns ausgewählten Texte setzen sich mit diesem Wandel auseinander enthalten wertvolle Ideen zu einer grundlegenden Neuorientierung.

Das Ringen um eine innere Schulreform ist nicht nur in unserem Land ein Thema, wie die angefügte Einladung zu einer internationalen Veranstaltung in Bonn zeigt. Mit dabei als gefragter Referent ist Carl Bossard, dessen bildungspolitische Texte weit über die Schweiz hinaus grosse Beachtung finden. Als Abschluss haben wir deshalb eine ausführliche Vorschau auf diese bedeutende Tagung ausgewählt.

Hanspeter Amstutz

Für eine Pädagogik des Scheiterns

NZZ, 24. Januar 2026, Meinung & Debatte, Gastkommentar von Margrit Stamm

Unser Bildungssystem tabuisiert existenzielle Risiken. Das ist ein Fehler, denn Scheitern vermag neue Horizonte zu öffnen.

Niederlagen, Misserfolge, Versagen – oder wie auch immer Scheitern im Bildungssystem bezeichnet wird –, wer will denn schon darüber reden? In Schule und Ausbildung sind Gewinner erwünscht, nicht Verlierer. In einem Vorstellungsgespräch fragt niemand, wo man überall gescheitert sei, sondern nach den persönlichen Erfolgen.

Wer trotzdem scheitert, ist selbst schuld. In unserer Leistungsgesellschaft lassen sich Niederlagen durch Optimierung beseitigen. Deshalb ist die Überwindung des Scheiterns en vogue. In Lebenshilfebüchern, die ans Management, aber ebenso an Otto Normalverbraucher adressiert sind, wird «Die Kunst des Scheiterns» oder das «Scheitern als Chance» gelobt.

Viel differenzierter tut dies der französische Philosoph Charles Pépin in seinem klugen Buch «Die Schönheit des Scheiterns», in welchem er «eine kleine Philosophie der Niederlage» vorlegt. Gerade durch Rückschläge, schreibt er, wird der Charakter geformt und keinesfalls durch ständigen Erfolg. Damit folgt er Friedrich Nietzsche, der hundertfünfzig Jahre zuvor in seinem Werk «Also sprach



Zarathustra» den «Sturz als Teil des Aufstiegs» beschrieben hat. Gemeinsam ist den beiden Philosophen der tiefgründige Blick auf Fehlschläge.

Trügerischer Tunnelblick

In krassem Widerspruch dazu stehen Pädagogik und Bildungswissenschaften, die ein verschämtes Verhältnis zum Scheitern haben, manchmal einen abschätzigen oder sogar tabuisierenden Blick auf das Phänomen werfen. Das ist erstaunlich. Nirgendwo sind Erfahrungen mit Niederlagen und Versagen grösser als in Familie, Schule und Ausbildung. Doch lieber spricht man von Fehlervermeidung, von Krisen oder vom Nichterreichen der Lernziele. So kann man sich möglichst schnell wieder dem Gelingen zuwenden. Dieser Tunnelblick ist trügerisch. Er verunmöglicht die Einsicht, wie viel Kraft aus Fehlschlägen gewonnen werden und daraus Mut, Entwicklung und Widerstandsfähigkeit (Resilienz) entstehen kann.

Unsere Gesellschaft braucht eine Pädagogik des Scheiterns. Nachfolgend diskutiere ich drei Dimensionen: eine individuelle, eine systemische und eine politische. Sie betreffen Kinder und ihre Familie, Lehrkräfte und Schulen sowie die Bildungspolitik.

Der erste Punkt ist das individuelle, allerdings oft unterschiedliche Scheitern von Kindern und Jugendlichen in Schule und Ausbildung. Wenn der Sohn eine Förderklasse besuchen beziehungsweise die Tochter eine Klasse wiederholen muss oder wenn der Nachwuchs das Gymnasium nicht schafft – dann ist das für Eltern nicht selten ein persönliches Versagen. Oft haben sie alles getan, um ihre Kinder vor Fehlritten zu schützen. Obwohl sie Misserfolge vermeiden wollen, werden sie trotzdem zu einem festen Bestandteil der familiären Wirklichkeit.

Heranwachsende können unter solchen Situationen ganz besonders leiden. Für manche ist das Scheitern schambesetzt. Wie Seismografen spüren sie, dass sie mit ihrem Versagen Mama und Papa enttäuschen, manchmal auch Gotte oder Götti und sogar Lehrerinnen und Lehrer. Gleichzeitig stellen junge Influencerinnen und Influencer in den sozialen Netzwerken den Erfolg so dar, als wäre er leicht zu erreichen. Wer sich an dieser Scheinwelt und den zahlreichen Likes misst, fühlt sich logischerweise unzulänglich und entwickelt oft Selbstzweifel, Ängste und das Gefühl, nicht dazuzugehören.

Das Selbstbild spielt eine entscheidende Rolle. Gemeint ist damit, wie man über sich selbst denkt, wenn es um eigene Fähigkeiten geht. Wer gemäss der Psychologin Carol Dweck ein statisches Selbstbild hat, ist davon überzeugt, eigene Fähigkeiten seien festgelegt und angeboren («ich habe einfach zwei linke Hände, das wird sich nie ändern»). Darum vermeiden solche Menschen Herausforderungen aus Angst, Fehler zu machen.

Statisch und dynamisch

Ganz anders sind diejenigen mit einem dynamischen Selbstbild. Sie glauben daran, sich entwickeln zu können («ich bin zwar nicht gut in Mathematik, aber ich kann es lernen, wenn ich genug übe»). Dieses dynamische Selbstbild ermöglicht Menschen, das Lernen als Prozess und Fehler als Chance zu verstehen, um mit Misserfolgen umgehen zu lernen. Auch für Lehrer kann das Scheitern Wirklichkeit werden – allerdings nicht selten auch systembedingt. Das ist der zweite Punkt. Das Bildungssystem verlangt von ihnen, zu unterrichten, zu organisieren, zu dokumentieren, zu fördern, zu



erziehen, zu integrieren und vieles mehr. Oft sind die Klassen, die Leistungsniveaus der Kinder heterogen, manche verstehen kaum Deutsch, andere haben sozial-emotionale Probleme, und wieder andere sind Überflieger.

Lehrer mit einem statischen Selbstbild beziehen solche Tatsachen meist auf sich persönlich. Anfangs sind sie manchmal entlastet («ich kann ja nichts dafür»), langfristig aber in ihrer Entwicklung blockiert, weil die Bedingungen nach innen zerstörerisch wirken («ich kann damit einfach nicht umgehen»). Bleiben Unterstützung seitens der Schulleitung oder zugewandter Dienste aus, können pädagogische Klarheit, Geduld und Motivation verlorengehen. Nicht selten kommt das Phänomen der schleichenden inneren Kündigung dazu. Ist diese mit Zynismus, Desillusion, Dienst nach Vorschrift oder dem Verlust des Interesses an den Schulkindern verbunden, kann das ein Burnout zur Folge haben.

Der dritte Punkt betrifft das Scheitern der Bildungspolitik. Anders als bei den ersten beiden Punkten geht es hier oft um eine gesellschaftlich nicht wahrgenommene oder verdrängte Problematik, manchmal auch um einen fehlenden selbstkritischen Blick. «Concorde-Falle» heisst dieses vielfach beschriebene Phänomen in den Bildungswissenschaften. Der Begriff stammt aus der Geschichte des Überschallflugzeugs Concorde, in das Grossbritannien und Frankreich trotz steigenden Kosten und klaren wirtschaftlichen Misserfolgen weiter investierten. Es war ein Prestigeprojekt, das man trotz besserem Wissen durchzog.

Der Pädagoge Roland Reichenbach hat die Concorde-Falle verschiedentlich beschrieben. Er meint damit die Angewohnheit, dass bildungspolitische Entscheidungsträger an Reformprojekten festhalten, weil bereits viel Geld investiert wurde, dazu gehört auch die aufgebaute Bürokratie – obwohl es objektiv sinnvoller wäre, gewisse Projekte zu beenden oder zumindest zu verändern.

Nicht wenige Projekte haben eine Ähnlichkeit zur Concorde-Falle. Beispielsweise das Frühfranzösisch. Es wurde mit grossem Aufwand eingeführt und von verschiedenen Evaluationen begleitet, deren Ergebnisse nicht immer veröffentlicht wurden. Dahinter steckt eine Kontroverse, welche die tieferliegenden Konflikte zwischen föderaler Autonomie und nationaler Harmonisierung spiegelt, zwischen Bildungsforschung und Praxis.

Zurzeit gilt das Frühfranzösisch für manche als gescheitert – auch wenn die Notwendigkeit des nationalen Zusammenhalts immer wieder betont wird. Zumindest ist es eine empirische Tatsache, dass 49 Prozent der Heranwachsenden trotz Frühfranzösisch im Leseverstehen nicht einmal die Grundkompetenzen erreichen. Zudem fehlt es an gut ausgebildeten Lehrpersonen und an ebenso motivierten Schülern. Der frühe Beginn garantiert offenbar nicht wie erhofft den späteren Lernerfolg. Das Parlament hat das teilweise erkannt. Trotzdem dominiert die Passivität. Die Concorde-Falle lässt grüssen.

Positive Fehlerkultur

Wie könnte die Spirale aufgebrochen werden? Indem die Bildungspolitik Scheitern nicht weiterhin lediglich als Hindernis auf dem Weg zum Erfolg versteht, sondern als integralen Bestandteil des selbstkritischen Lernens. Eine gelungene Ausbildung, eine berufliche Laufbahn oder ein bildungspolitisches Projekt ist nie nur durch Erfolg bestimmt. Es gibt auch eine Kraft, die im Mut liegt, das Scheitern einzugestehen. Fehler und Niederlagen sind weder eine ausschliesslich individuelle noch



systemische oder bildungspolitische Schande. Nein, sie sind ein essenzieller Teil menschlicher, system- und bildungspolitisch bedingter Erfahrung.

Gerade die Bildungspolitik könnte ein Modell für eine positive Fehlerkultur werden; im Fall des Frühfranzösisch heisst das: Kritik nicht nur schnell wegbügeln, sondern sie offen thematisieren, den Kontakt zur Basis – zu den Lehrkräften – suchen und ihre Aussagen und Erkenntnisse zusätzlich zu Evaluationen als Lernchancen begreifen. Das Wesentliche wäre: entsprechend handeln und Veränderungen anpacken.

Oder, wie Winston Churchill das formuliert hat: «Erfolg ist die Fähigkeit, von einem Misserfolg zum anderen zu gehen, ihn einzugestehen und die Begeisterung nicht zu verlieren.»

Margrit Stamm ist emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften an der Universität Freiburg i. Ü. 2022 ist bei Kösel erschienen: «Angepasst, strebsam, unglücklich: Die Folgen der Hochleistungsgesellschaft für unsere Kinder».

Lehrerverband schadet Lehrern

Weltwoche, 21. Januar 2026, Régis Ecklin

Keine andere Gewerkschaft hintertreibt die Anliegen ihrer Mitglieder so stark.

Viele Ferien, hohe Jobsicherheit und ein grosszügiger Lohn. Kaum ein Berufsstand wird so sehr von der Gesellschaft getragen wie die Lehrerschaft – und ächzt derart theatralisch unter seinen eigenen Privilegien. Umso wichtiger wäre es, dass deren Interessenvertretung, der Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH), in der Öffentlichkeit mit Seriosität und Bescheidenheit auftritt. Unter der Präsidentschaft von Dagmar Rösler ist davon nichts zu spüren. Es dominieren Überheblichkeit, Selbstgerechtigkeit und die permanente Forderung nach mehr Regulierung.

Lobby an der Realität vorbei

«Die Politik muss endlich entscheiden, wie wir gendern sollen», forderte Rösler beispielsweise im Blick. Mit solchen Prioritäten zementiert sie das Bild der ebenso abgehobenen wie weltfremden Pädagogenkaste, die sich mehr um Sprachakrobatik als um soliden Unterricht kümmert. Nicht nur bei der Sprache wirkt der Fokus verschoben: Rösler ist der Auffassung, politische Bildung solle «bereits im Kindergarten» verankert werden. Als müssten Fünfjährige unsere Institutionen kennen, bevor sie ihren eigenen Rotz im Griff haben.

Als 2023 die Pisa-Studie zeigte, dass jeder vierte Schulabsolvent nach neun Schuljahren ungenügend lesen kann, hätte man vom Lehrerverband höchste Alarmbereitschaft erwartet: Krisensitzungen, Positionspapiere zum Thema Lesen sowie eine schonungslose Analyse der Unterrichtspraxis. Stattdessen lobte man die Resultate als «insgesamt positiv», denn die Schweiz sei «über dem OECD-Durchschnitt». Ein Viertel funktionale Analphabeten in einem der teuersten Bildungssysteme der Welt – alles kein Problem, solange die anderen noch schlechter sind.



Eine Rückbesinnung auf die Grundfertigkeiten ist für die «oberste Schweizer Lehrerin», wie Rösler in den Massenmedien gerne überhöht wird, ausgeschlossen: «Wer fordert, die Schule solle sich auf Kernkompetenzen wie Rechnen, Lesen und Schreiben konzentrieren, fordert eine Kehrtwende hin zu alten Strukturen. Das wäre keine Lösung, sondern ein Rückschritt.»

Sollten die 55.000 Mitglieder des Lehrerverbands ihren Unterricht nach diesem Credo ausrichten, erstaunt der Leistungssturz kein bisschen. Es waren nämlich jene «alten Strukturen», die der Volksschule stets Spitzenresultate eingebracht haben. Womöglich hält Rösler auch deshalb Schulnoten für «nicht mehr zeitgemäss». Mit wolkigen Umschreibungen lassen sich schlechte Ergebnisse wunderbar schönreden.

Der Dachverband scheint grundsätzlich jede Entwicklung zu unterstützen, die zum Leistungsrückgang bei Schülern und zu Mehrbelastung bei Lehrern führt. So wird der integrative Unterricht, der in der Bevölkerung kaum Rückhalt genießt und vom Grossteil der Lehrer als Hauptbelastung empfunden wird, vom Lehrerverband durch alle Böden hindurch verteidigt.

Der integrative Unterricht führt seit Jahren nicht nur zu schlechten Leistungen – starke Schüler werden gebremst, schwache überfordert –, sondern auch zu einem erheblichen Mehraufwand für die Lehrer. Dass so viele von ihnen dem Beruf bereits in den ersten Jahren den Rücken kehren, dürfte stark mit dem integrativen Modell zusammenhängen. «Aber das bedeutet nicht, dass die integrative Schule gescheitert ist», wendet Rösler ein. «Im Gegenteil, ich sehe gerade in der sozialen Bildung eine wichtige Aufgabe der Schule.» Während also in den Schulzimmern die Realität tobt, zählt für die Verbandspräsidentin nur die gute Absicht.

Mehr Staat, mehr Regulierung, mehr Pädagogische Hochschule – so lautet der Grundsatz des Lehrerverbands. Statt zur Bekämpfung des Lehrermangels auf eine Deregulierung des Berufs sowie auf eine Ent-Akademisierung der Ausbildung zu setzen, fordert der LCH das Gegenteil: längere Ausbildungen und neue Pflichtkurse. Für Primar- und Kindergartenstufe verlangt er einen Masterabschluss, also viereinhalb Jahre im Hörsaal statt drei. Auch Klassenassistenten – jene Hilfskräfte, die Unterrichtsmaterial kopieren, Listen führen und Lehrer bei der Pausenaufsicht unterstützen – sollen durch eine schweizweit obligatorische Ausbildung der Pädagogischen Hochschulen geschleust werden. Selbst für Eltern fordert der LCH obligatorische Staatspädagogik. Zur «Stärkung der Kompetenzen der Erziehungsberechtigten» sollten diese zu Social-Media-Kursen verpflichtet werden. In gewissen Kantonen gebe es bereits die gesetzlichen Voraussetzungen dafür, frohlockt der Verband.

Wenig überraschend waren die Apparatschiks des Lehrerverbands auch während der Pandemie zuverlässig regulierungs- und obrigkeitstreu: Dagmar Rösler wollte den Maskenzwang, der auf der Oberstufe herrschte, auf die fünfte und sechste Klasse ausweiten. Dass kleine Kinder damit sechs Stunden täglich eingeschränkt atmen mussten und ihnen die nonverbale Kommunikation verunmöglicht wurde, fand die Funktionärin «zumutbar».

Bürokratie statt Menschenverstand

Neben Genderwahn und Pandemiegehorsam bekennt sich der LCH auch zum dritten Pflichtprogramm des Zeitgeistes: der Klimahysterie. Rösler sagt, sie verstehe es, «wenn Klimajugendliche keinen Sinn mehr darin sehen, die Schulbank zu drücken». Ganz im Takt des medialen Mainstreams



lobt sie Greta Thunberg als «starke Persönlichkeit» und erklärt: «Wir sollten ihr dankbar sein. Ich finde es super, wie sie es macht.» Sich selber bezeichnet Rösler als «woke».

Der Lehrerverband und Dagmar Rösler haben den Ernst der Lage offensichtlich nicht erkannt. Mit unbekümmerter Leichtfertigkeit liefern sie auf jede bildungspolitische Grundsatzfrage die falsche Antwort: Akademisierung statt Praxis, Zeitgeistanbetung statt Grundkompetenzen, Bürokratie statt gesunden Menschenverstands.

Zur Stärkung ihres Berufsstands sind Volksschullehrer, die im Klassenzimmer täglich um Leistung, Disziplin und Verbindlichkeit ringen, gut beraten, auf Distanz zu diesem Verband zu gehen.

Régis Ecklin ist Sekundarlehrer in Herrliberg.

Mit Kopf, Herz und Hand: Wege aus der Krise in der Volksschule

Positionspapier der SVP, Januar 2026

Worum geht es?

Die Schweizer Volksschule, einst ein Garant für eine fundierte Grundbildung und ein Sprungbrett für den gesellschaftlichen Aufstieg, befindet sich in einer tiefen und alarmierenden Krise. Ideologische Experimente, realitätsferne Ansprüche und die unkontrollierte Zuwanderung haben das Bildungsniveau massiv gesenkt und die bewährten Strukturen unseres Bildungssystems systematisch untergraben.

Wir alle stehen in der Verantwortung, diese beunruhigenden Entwicklungen zu benennen und konkrete, umsetzbare Lösungen zu präsentieren. Als Partei, die sich seit jeher für die Wahrung schweizerischer Werte einsetzt, können wir nicht tatenlos zusehen, wie das Fundament unserer Gesellschaft die Bildung unserer Kinder systematisch zerstört wird.

Der erste Teil dieses Papiers ist eine Problemanzeige. Im Vordergrund stehen die Rückmeldungen, die die SVP von ihren Bildungsverantwortlichen, Lehrern und Eltern erhalten hat. Jedes Beispiel ist wie ein Mosaiksteinchen. Zusammen ergeben diese Beispiele ein Gesamtbild der Krise der Volksschule.

Im zweiten Teil werden die konkreten Lösungen der SVP formuliert. Dabei geht es vor allem um den Spracherwerb, die gute Gestaltung des Lernfortschritts und die Leistung des Einzelnen. Diese Lösungen stehen unter der Prämisse, dass für die Volksschule der Föderalismus gilt und die Qualität in der Bildung vorantreibt.

[Mehr...](#)



Rechtsumkehr in der Bildungspolitik

NZZ, 26. Januar 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann

Verpflichtender Sprachunterricht, Obergrenze für Ausländer pro Klasse – die SVP will die Volksschule komplett umbauen

In der schweizerischen Bildungspolitik hat sich in diesem Jahrtausend eine Reform an die nächste gereiht. Noten? Weg damit. Sprödes Wissen? Bitte lieber auf Kompetenzen setzen. Ein Lehrer als Autorität? Schwarze Pädagogik von vorgestern, die Schüler sollen mit «selbstorientiertem Lernen» glänzen.

Der ausufernde Lehrplan 21 ist das Resultat dieses Reformeifers. Lange Zeit wurde dieser wenn nicht goutiert, dann immerhin stillschweigend zur Kenntnis genommen. Bis die schwindenden Kenntnisse der Schüler in Leistungstests angingen, die Politik zu erschrecken – und auch viele Lehrer zunehmend über Probleme mit der integrativen Schule klagten. Neuerdings waren es nicht die Linken, die die Debatte dominierten – wie im 20. Jahrhundert, als fast alle grossen Bildungspolitiker in der SP waren. Das Thema wird nun von den Bürgerlichen besetzt. SVP und FDP wollen beide die integrative Schule abschaffen, der Frühsprachenunterricht soll gestrichen werden. Der Fokus müsse wieder auf den Basics liegen: Lesen, Schreiben, Rechnen.

Kein Platz für Romantik

Besonders die SVP tut sich dabei hervor. Sie widmete dem Thema, ungewöhnlich für die Volkspartei, am Wochenende eine ganze Delegiertenversammlung. Weniger überraschend: wie sie es tat. Ihren Schwerpunkt kündigt sie mit gewohnt knalliger Titelei an: «Masslose Zuwanderung, gescheiterte Reformen und Bürokratie-Wahnsinn – unsere Volksschule in der Krise».

Das Positionspapier, das die Partei erarbeitet hat, ist denn auch kein technokratisches Dokument, wie es bei solchen Papieren oft der Fall ist. Skizziert wird nicht weniger als der grosse Umbau der Volksschule. Kaum ein Bereich, der nicht angetastet werden soll. Die SVP fordert eine Abkehr von allen Neuerungen in diesem Jahrtausend.

Schluss sein soll mit einer «woken» Schule, mit «Genderthemen» inklusive «unkorrektur Satzzeichen innerhalb von Wörtern». Keinen Platz mehr soll es geben für «extremistische Ideologien rund um LGBTQ+-Themen». Der Lehrplan soll «drastisch verschlankt» und mit Lernzielen statt Kompetenzen gefüllt werden. Künftig soll es etwa heissen: «Die Schüler können das kleine Einmaleins fehlerfrei aufsagen.» Und nicht mehr: «Die Schüler verfügen über Kompetenzen in den mathematischen Grundoperationen.» Komplettiert mit weiteren Ideen, die eine wertkonservative Schule vorsehen. Weniger Bildschirmzeit für Schüler, mehr handwerkliche Fächer. Zudem: weniger Gymnasium, mehr Berufslehre.

Neu sind solche Forderungen allesamt nicht. Und phasenweise liest sich das Pamphlet wie ein Schema für eine Gotthelf-Schweiz, die es so nie mehr geben wird (sofern es diese je gegeben hat). «Besondere Bräuche» der Schweiz etwa müssten in der Schule ihren Platz haben, natürlich föderalistisch abgestimmt, bloss keine «Einheitsbundeslösung». Doch sogar die SVP kann sich neumodischer Elemente nicht erwehren, wenn sie mehr «bottom-up» propagiert.



Die konkreten Forderungen jedoch haben wenig Romantisches an sich. Zwei Themen fallen besonders ins Gewicht. Erstens: Dass die Schule nicht mehr funktioniert, liegt für die SVP in erster Linie an der Zuwanderung. Darum soll, wer der Unterrichtssprache nicht mächtig ist, nicht eingeschult werden. Kontrolliert werden soll dies durch «Sprachtests» vor Beginn der Volksschule. Wer den Test nicht besteht, muss «ein zusätzliches Jahr in einer Vorbereitungsklasse verbringen».

Strafen für Eltern

Wer die Sprache nicht gut genug beherrscht, soll wöchentlich mindestens 20 Lektionen besuchen müssen, die die Kinder «systematisch auf den Regelunterricht vorbereiten». Einen verpflichtenden Förderunterricht vor der Primarschule gibt es bereits heute in mehreren Kantonen, jedoch wird niemandem danach der Übertritt in eine Regelklasse untersagt.

Damit die Verständigung gewährleistet werden kann, sollte der Ausländeranteil einer Klasse einen Wert von 30 Prozent nicht übersteigen, fordert die SVP. Das erinnert stark an ähnliche Bestrebungen in anderen Ländern. Dänemark etwa will im Kampf gegen Brennpunkt-Quartiere den «nicht-westlichen» Anteil der Wohnbevölkerung auf unter 30 Prozent bringen. Um Ghetto-Bildungen zu verhindern.

Das ist jedoch nur der Anfang im SVP-Forderungskatalog für Menschen mit Migrationshintergrund. Die Eltern müssten darauf verpflichtet werden, damit ihre Kinder die Sprache lernten und den Unterricht «lückenlos» besuchten. Wer sich nicht daran hält, soll bestraft werden, «bis hin zum Entzug der Aufenthaltsbewilligung». Eltern sollen ebenfalls «zur Rechenschaft» gezogen werden können, wenn ihre Kinder gewalttätig werden – und für die Schäden aufkommen.

Ähnliche Vorstösse der FDP

Es ist fraglich, ob die SVP mit diesen provokativen Forderungen durchkommen wird. Dass sich Sprachdefizite vieler Primarschüler – sechs von zehn haben schweizweit einen Migrationshintergrund – nachteilig auf die schulische Laufbahn auswirken, wird kaum noch bestritten. Doch mit solchen – eher migrations- als bildungspolitischen Extremansprüchen – dürfte die SVP kaum auf viel Zustimmung stossen.

Eher mehrheitsfähig ist der zweite Teil des Pakets. Die SVP möchte den Leistungsgedanken zurück in die Schulhäuser bringen. Dass damit mindestens der Freisinn etwas anfangen kann, der zuletzt mit denselben oder zumindest typähnlichen Vorstössen gekommen ist: Davon darf ausgegangen werden.

Konkret will die SVP, dass die Notengebung ab der zweiten Klasse wiederkommen soll. Darüber hinaus soll es Leistungstests und Vergleichstests geben. Beendet werden soll auch das Experiment «Schreiben nach Gehör», da eine «Generation von Schülern nicht korrekt schreiben» könne. Dafür wieder eingeführt werden sollen: Diktate, Rechtschreibübungen und systematisches Grammatiktraining. Sogar das «Auswendiglernen von Gedichten, Liedern und wichtigen Texten» soll wieder gefördert werden.

Das klingt ein bisschen so, wie man es von früher kannte. War dort alles besser? Die SVP ist davon überzeugt. Ob sie damit auch eine Mehrheit überzeugen kann: Das ist ein Leistungstest auf der höchstmöglichen Schwierigkeitsstufe.



Eine überraschende Allianz bahnt sich an

NZZ, 30. Januar 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann

Die SVP plant eine radikale Schulreform – und findet beim Lehrerverband eine gewisse Zustimmung

Da veröffentlicht die SVP ein umfangreiches, fast ein wenig zu detailliertes Bildungspapier mit provokativen Forderungen und in gewohnt knalliger Sprache: Und was passiert? Es gibt nicht den grossen Aufschrei, sondern sogar eine Form von Zustimmung – und dies ausgerechnet vom Schweizer Lehrerverband (LCH), einer Institution, die normalerweise, vorsichtig ausgedrückt, durchaus progressiver agiert als die Volkspartei.

Natürlich kann Dagmar Rösler, die Präsidentin des LCH, mit den Positionen der SVP nicht viel anfangen. Der Behauptung, dass die Zuwanderung für alle Probleme an der Volksschule verantwortlich sein soll, widerspricht Rösler.

Belastungsgrenze ist erreicht

Es seien beispielsweise nicht einfach nur die Migrantenkinder, die dafür sorgen, dass die Schule belastet werde, sagt sie auf Anfrage: «Es ist nicht abzustreiten, dass Migration einen Anteil an den Problemen hat – aber eben nicht nur.» Und dass eine Obergrenze für ausländische Schüler in Klassen umsetzbar wäre und überhaupt zielführend: Auch daran glaubt sie nicht.

Doch Rösler findet auch überraschend positive Worte für die Vorschläge der SVP. Dass sie die Forderung nach einer obligatorischen Frühförderung für fremdsprachige Kinder befürwortet, erstaunt nicht wirklich. Das möchte der LCH selbst flächendeckend einführen.

Auch, dass die SVP die Volksschule am Limit sieht und Veränderungen anregt, findet sie «gut»; was daran liegen dürfte, dass Rösler selbst von einer «Belastungsgrenze» spricht, an der die Schule – und das Lehrpersonal – angelangt sei.

Interessant ist insbesondere, was Rösler grundsätzlich über die Haltung der SVP sagt: Man habe ja im Grunde denselben Weg vor Augen – nur biege man irgendwann etwas anders ab. Sie sagt zum Beispiel: «Auch wenn mir das immer wieder zu Unrecht vorgeworfen wird: Der LCH hat sich bisher immer auch für Separation in den Schulen ausgesprochen; allerdings nur dort, wo es nötig ist.» Integrationsklassen für neu zugezogene Migranten gebe es bereits an Orten, wo dies nötig sei. Wenn die Kinder und Jugendlichen dann bald die Chance erhielten, in die Regelklasse zu kommen, sei dagegen nichts einzuwenden.

Anders als die SVP wünscht sich Rösler aber eine zeitlich begrenzte Separation: eine Lerninsel, ein Time-out – und anschliessend geht's zurück in die Regelklasse. Also nicht zwingend eine Förderklasse, in der man fix eingeteilt ist, wie es die SVP vorsieht.

Mit dieser austarierten Positionierung zeigt Rösler wieder einmal ihr feines Gespür für die bildungspolitische Stimmung im Land. Diese hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Die bürgerlichen Parteien – nebst der SVP auch die FDP – haben das Thema für sich gepachtet. Es gibt bereits eine wertkonservative Rückbesinnung. Die integrative Schule ist unter Druck, gilt in einigen Kantonen als gescheitert – und soll abgeschafft werden. Ebenso der Frühsprachenunterricht.



Rösler ist offen für Gespräche, um herauszufinden, wo man sich einig ist und wo man sich noch finden könnte. Geschickt formuliert sie dabei einige Grenzen, die nicht verschoben werden sollen. Der inklusive Geist soll bewahrt werden, aber sie wählt die Worte so, dass vielleicht auch die SVP von ihren Maximalforderungen abweicht: «Es ist immer noch erwiesen, dass Jugendliche, die eine Regelklasse besucht haben, einfacher einen Job finden als Sonderschüler. Und wir wollen ja keine Sozialfälle produzieren.» Eigentlich macht Rösler ein Angebot: Wenn die SVP mit sich reden lässt, gibt es einige Bereiche, in denen man die Volksschule stärken könnte. Nebst der Frühförderung und einer gewissen Separierung – «die es ja schon in jedem Kanton gibt» – auch etwa die Forderung nach Klassen, in denen nicht mehr als zwanzig Schüler sitzen. Und sie sieht sogar – wenn es nicht nur die Migration betrifft – ein Verbesserungspotenzial bei der Zusammensetzung der Klassen.

SVP «macht es sich zu einfach»

Gleichzeitig, das macht Rösler deutlich, soll sich die SVP von «Konzepten aus dem letzten Jahrhundert» verabschieden. Es sei doch zu einfach, wenn die Partei denke: «Mehr Kopfrechnen – und alles wird gut in der Mathematik. Mehr Rechtschreibung, Diktate, auswendig gelernte Gedichte – und alle Probleme in der Unterrichtssprache sind gelöst.»

Es gebe inhaltliche Bereiche, sagt Rösler, die sollte die Politik den Fachleuten überlassen. Oder zumindest mit diesen besprechen. Darum will sie sich «zeitnah» mit der SVP treffen. Diese habe Interesse signalisiert.

Veranstaltungshinweis

Die Bildungs-Grätsche

GBW-Tagung 17.&18.04.2026, Universität Bonn

Die Bildungs-Grätsche – Versprechen und Wirklichkeit der Bildungssteuerung.

Seit dem „PISA-Schock“ erlebt das deutsche Schulsystem und ähnlich das in Österreich und der Schweiz einen bildungspolitischen Aktionismus. Jede neue Massnahme versprach Aufbruch: mehr Effizienz durch Steuerung, mehr Evidenz durch Daten, besseren Unterricht durch Kompetenzmodelle, digitale Modernisierung, individuellere Förderung und selbstgesteuertes Lernen. Manches davon klang verheissungsvoll, einiges vielleicht sogar plausibel.

Doch der Blick in die Klassenzimmer erzählt eine andere Geschichte. Was als Modernisierung gedacht war, hat nicht zu besseren Leistungen geführt – ganz im Gegenteil. Die Interventionen waren insofern erfolgreich, als gerade die neuen Steuerungsinstrumente ihr Scheitern in der schulischen Wirklichkeit empirisch dokumentieren: Die Leistungen der Schülerinnen und Schüler haben sich nicht verbessert, sondern im Gegenteil massiv verschlechtert.

Gleichzeitig wächst der Schatten der Nebenfolgen. Lehrkräfte berichten von einer Realität, in der Pädagogik allzu oft hinter Formularen verschwindet, in der Rechenschaftslegung Zeit frisst und Bürokratie Energie bindet. Zwischen ambitionierten Programmen und dem, was in den Schulen



tatsächlich möglich ist, klafft eine Lücke, deren Bewältigung viele als Grätsche empfinden – als tägliche Spannung zwischen bildungspolitischem Wunschdenken und schulischer Wirklichkeit.

Zwar liegen die Ursachen auch in allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen und nicht allein bei der Bildungspolitik. Und doch ist es notwendig, die grossen «Verheissungen» der vergangenen Jahre mit den Erfahrungen jener zu konfrontieren, die das System Tag für Tag tragen.

Die Gesellschaft für Bildung und Wissen (GBW) widmet diesem Spannungsfeld ihre Tagung am Freitag, 17.04., 18.00 Uhr, bis Samstag, 18. 04. 2026, an der **Universität Bonn**. Unter dem Motto **«Die Bildungs-Grätsche – Versprechen und Wirklichkeit der Bildungssteuerung»** geht sie den Bruchlinien nach: jener zwischen bürokratischer Steuerung und schulischem Alltag, zwischen empirischer Vermessung und pädagogischer Urteilskraft, zwischen visionären Reformnarrativen und dem Hier und Jetzt im Klassenzimmer.

Eine Tagung, die nicht auf schnelle Lösungen setzt, sondern auf Klarheit – und auf die Frage, wie Bildung gelingen kann, wenn man die Widersprüche endlich ernst nimmt. Es kommt jetzt darauf an, dass nicht mehr bildungspolitisches Wunschdenken die erziehungswissenschaftlichen Diskurse bestimmt; im Zentrum müssen die Herausforderungen der Praxis stehen. Wer dauernd vom Fortschritt in der Pädagogik redet, hat wenig von ihr verstanden.

Bisher haben für Vorträge zugesagt: Dr. Carl Bossard (Stans), Prof. Dr. Karl-Heinz Dammer (Heidelberg), Prof. Dr. Rainer Kaenders (Bonn), Prof. Dr. Roland Reichenbach (Zürich), Prof. Dr. Ysette Weiss (Mainz). Weitere Informationen folgen.

[mehr...](#)